

24.11.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 16/12502 und 16/13400 (Ergänzung) -

2. Lesung

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die
Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017
(Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 – GFG 2017)**

Berichterstatter

Abgeordneter Daniel Sieveke

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 16/12502 und 16/13400 - wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 24.11.2016 Ausgegeben: 28.11.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 (Drucksache 16/12502) wurde durch das Plenum am 15. September 2016 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Kommunalpolitik - zur Mitberatung – überwiesen.

Diese Ergänzungsvorlage in Drucksache 16/13400 floss den Beratungen des Ausschusses für Kommunalpolitik und des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses zum GFG am 8. November 2016 zu.

B Beratungen

a) Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik am 30. September 2016

Traditionell führt der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik bei Haushaltsberatungen die öffentliche Anhörung zum Gemeindefinanzierungsgesetz durch. Das Wortprotokoll über die Anhörung liegt als Apr. 16/1461 vor. Folgende Stellungnahmen haben die Ausschüsse anlässlich dieser öffentlichen Anhörung erreicht:

eingeladen	Stellungnahme
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände	16/4220
Städtetag Nordrhein-Westfalen	16/4196
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Landkreistag Nordrhein-Westfalen	16/4229
Landschaftsverband Rheinland, Landschaftsverband Westfalen-Lippe	16/4225
Apostolos Tsalastras 1. Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Oberhausen	16/4226
Niklas Langguth Kanzlei Grooterhorst & Partner Rechtsanwälte mbH	16/4273
Paul-Georg Fritz Kämmerer der Stadt	16/4233
Eberhard Kanski Bund der Steuerzahler e.V.	16/4234
Rolf Böhmer 1. Beigeordneter a.D. der Stadt Meckenheim	16/4291

b) Öffentliche Anhörung zur Ergänzungsvorlage/Gelegenheit zur Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände

Anlässlich der dem Beratungsverfahren zugeflossenen Ergänzungsvorlage Drucksache 16/13400 wurde den kommunalen Spitzenverbänden im Rahmen der weiteren Anhörung am 22. November 2016 erneut Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben.

c) Berichterstattegespräch

Ein Berichterstattegespräch zum GFG war entbehrlich.

d) Votum des Ausschusses für Kommunalpolitik

Der Ausschuss für Kommunalpolitik hat sich bereits in seiner Sitzung am 4. November 2016 abschließend mit dem Gesetzentwurf zum GFG 2017 befasst. In diesem Zeitpunkt lag mit der Vorlage 16/4394 auf Grundlage der Parlamentsinformationsvereinbarung bereits die Modellrechnung zum Entwurf des GFG mit den Berechnungen der Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen, Schulpauschale/Bildungspauschale und der Sportpauschale der Gemeinden im Finanzausgleich 2017 auf der Basis des GFG 2017 vor. In dieser Vorlage befinden sich auch die Tabellen zum Vergleich der gemeindlichen Gesamtzuweisungen und der normierten gemeindlichen Steuerkraft der Jahre 2016 und 2017 sowie der Vergleich der gemeindlichen Schlüsselzuweisungen. Der Vollständigkeit halber wird auf die vollständigen Anlagen der Vorlage 16/4394 verwiesen.

In der Sitzung am 4. November 2016 lagen Änderungsanträge der Fraktionen zum GFG nicht vor. Der Gesetzentwurf – in der Fassung der Drucksache 16/12502 - wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN unverändert angenommen.

e) Schlussberatung im Haushalts- und Finanzausschuss am 24. November 2016

Der Schlussberatung im Haushalts- und Finanzausschuss wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksachen 16/12502 und 16/13400 - sowie das Beratungsergebnis des Ausschusses für Kommunalpolitik zugrunde gelegt. Es gab keinen weiteren Diskussionsbedarf.

C Abstimmung, Ergebnis

In der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2017, Drucksachen 16/12502 und 16/13400, wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Christian Möbius
Vorsitzender